

Slowakei

Juraj Alner / Bernd Hüttemann

Es war das Jahr der Bewährungsprobe der neuen außergewöhnlichen Koalition aus einer sozialdemokratisch gebenden Smer-SD, nationalkonservativer HZDS und nationalistischer SNS. Nach mehreren konservativ-liberalen Regierungen unter Mikuláš Dzurindas musste sich der neue Ministerpräsident Smer-Chef Róbert Fico auch im europapolitischen Kontext bewähren. Die Einbindung von Meiar und Nationalisten führte zwar in eine begrenzte Isolation, aber das Regierungshandeln der neuen und alten Regierung stand in einer Kontinuität, die andere EU-Neumitglieder nur beneiden können. Die Slowakei blieb dabei in der europäischen Aufmerksamkeit weiter im Windschatten anderer Akteure. Das publizistische Desinteresse an der Slowakei wird aus slowakischer Sicht als durchaus positiv bewertet, verspricht es doch Handlungsfreiheit.

Etablierung und Erfolg der neuen Regierung

Die „außergewöhnliche Koalition“ aus „Smer – Sociálna demokracia“ (Smer-SD, Sozialdemokraten), der Meiar-Partei „Bewegung für die demokratische Slowakei“ (HZDS) und Slowakische Nationalpartei (SNS) unter Führung des populistischen Smer-Chefs Fico benötigte im Gegensatz zu früheren Regierungen seit der Wende 1989 nur ein Jahr um sich zu etablieren. Fico und seine Partei Smer-SD führen bei den Umfragen, das Ansehen der Opposition ist hingegen gesunken. Erhielt Smer-SD bei den Parlamentswahlen 2006 noch 29 Prozent der Stimmen und entsprechend 50 von 150 Sitzen im Nationalrat, so sagen Umfragen für Juli 2007 43 Prozent voraus, was 67 Sitzen entspräche. Dzurindas SDKU würde nun statt 31 nur 18 Sitze erhalten, die ungarische Minderheitenpartei MKP/SMK nur 14 statt 20.¹ Unter den 5 Politikern „mit dem größten Vertrauen“ (Fico 40 Prozent, Slota 16 Prozent) befindet sich kein Oppositionspolitiker. Dzurinda liegt mit 6,5 Prozent an siebter Stelle.² Im Vergleich zur Zeit vor den Parlamentswahlen ist 2007 das Vertrauen der Öffentlichkeit zum Parlament um 12 Prozent und zur Regierung sogar um 21 Prozent gestiegen.³

Grund für diese auch im Vergleich zu anderen EU-Neumitgliedern erstaunlich guten Werte ist vor allem die mangelhafte Programmatik der zerstrittenen Opposition.⁴ Nach einer relativ kurzen Phase der Regierungsbildung durch Fico hatte sich die Opposition auf die Kritik des antiliberalen Regierungsprogramms konzentriert und anschließend nur auf die Feststellung, dass alles Positive Ergebnis der früheren Regierung sei. Auch wenn das letzte Argument sich in der Folgezeit als durchaus richtig erwies, hatte es als Argument gegen die neue Regierung kaum Wirkung.

1 Statistisches Amt der Slowakischen Republik, 16.07.2007.

2 Statistisches Amt der Slowakischen Republik, 19.06.2007.

3 Eurobarometer 67.

4 Vor den Parlamentswahlen und kurz danach hatte sich Dzurindas Partei bemüht, Meiar als Koalitionspartner zu gewinnen, ein anderer Teil der zersplitterten Christdemokraten – die Christlich-Demokratische Bewegung – hat hingegen mit Fico verhandelt.

Innenpolitische Schwerpunkte

Das Regierungsprogramm wurde in einem Manifesto⁵ festgelegt, das in der Folge aber nur in wenigen Teilen umgesetzt wurde. Die Regierung hat erkannt, dass mit einem „sozialistischen“ Programm und durch Abschaffung der Reformen weder Euro noch Wohlstand erreichbar sind. Die guten Umfragewerte zeigen, dass die öffentliche Meinung die nicht gehaltenen Wahlversprechen nicht abstrafte. Die Strategie der Regierung, in das komplizierte Gewebe der Reformen nur vorsichtig einzugreifen, bleibt Streitgegenstand der Koalition. Aber Smer kann schon von sich aus eine traditionell linke Sozialpolitik kaum verwirklichen: Mitglieder und Sympathisanten dieser Partei (ähnlich wie bei Dzurindas SDKÚ) sind die reichsten jungen Unternehmer des Landes. Das nur schwach ausgeprägte klassische sozialdemokratische Klientel der Slowakei wählt HZDS und teilweise die Ungarnpartei.

Im Juni ist die Inflation in der Slowakei sogar auf 2,3 Prozent gesunken.⁶ Das Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 2007 betrug 9 Prozent, das drittbeste Ergebnis in der EU. Grund ist vor allem der Aufbau mehrerer Automobilwerke und die strenge Reformpolitik, beides Verdienste der konservativ-liberalen Vorgängerregierung.

Innenpolitische Themen nach der Regierungsbildung waren ein neues Hochschulgesetz, das die Dzurinda-Regierung im Parlament zuvor nicht hatte durchsetzen können, ein von den Unternehmerverbänden kritisierter Arbeitsgesetzbuch und Ergänzungen zur Reform der Altersrente. Viel beachtet waren Veröffentlichungen der höchstrangigen Mitarbeiter der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei (zTB) durch das Institut der Nationalen Erinnerung (ÚPN).⁷

Das EU-Mitglied Slowakei

In den letzten Jahren sind verschiedene Mythen entstanden, Meiar sei der „Vater der unabhängigen Slowakei“ und Dzurinda habe die Slowakei in die EU und NATO geführt. Fico sei noch der Ruhm geblieben, das Land in den Schengen-Raum und die Eurozone zu steuern.

Gemessen an den ersten oftmals turbulenten Jahren der jungen Republik ist der Regierung in der Tat überwiegend nur europäische Kernerarbeit geblieben. An der Grundorientierung der Außenpolitik hat sich kaum etwas geändert. Im dritten Jahr der EU-Mitgliedschaft lässt sich eine bemerkenswerte Beständigkeit europapolitischer Haltungen in der Slowakei erkennen. Der Erfolg der innenpolitischen Reformen lässt nicht so sehr die ideologischen proeuropäischen Grundeinstellungen im Vordergrund stehen, sondern die „continued influence of the business and financial lobby“⁸.

Die größte europapolitische Herausforderung bot sich für die Regierung Fico in der Suspendierung des Smer aus der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)⁹, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der SPE. Der Parteienzusammenschluss begründete diesen Schritt mit der Koalition zwischen Fico und der nationalistischen Slovenská národná strana (SNS), deren Vorsitzender Ján Slota durch pöbelhafte Äußerungen über die Ungarn, Roma und Homosexuelle negative Schlagzeilen gemacht hatte. Vorausgegangen war zunächst

5 The Manifesto of the Government of the Slovak Republic; Bratislava 2006.

6 Sme 17.05. 2007.

7 Vgl. Kilian Kirchgeßner: Bratislava und der schwierige Umgang mit der Vergangenheit, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/643763/>.

8 Tim Houghton / Darina Malová: Emerging Patterns of EU Membership: Drawing Lessons from Slovakia's First Two Years as a Member State; in: Political Studies: 2007 Vol 27(2), S. 73.

9 Die Europa-Abgeordneten des Smer gehören aber weiterhin der SPE-Fraktion an. Die Abgeordneten der kleineren Koalitionspartner SNS und HZDS gehören keiner Fraktion des Europäischen Parlamentes an.

eine Drohung, die Smer in ihrer Mitgliedschaft zu suspendieren, falls die Koalition mit der SNS fortgesetzt würde. Im Oktober 2006 wurde die Drohung umgesetzt und noch einmal im Juni 2007 bestätigt.¹⁰ Insbesondere der Ruf der Regierung bei den Schwesterparteien von Smer hat ohne Zweifel gelitten. Im ersten Jahr waren für Fico entsprechend wenige Regierungsbesuche möglich.

Für das Regierungshandeln hat diese parteipolitische Isolation der Smer aber keine negativen Auswirkungen. Im Regierungsmanifest von 2006 wurde die integrationsfreundliche Ausrichtung der Slowakei festgelegt und anschließend auch befolgt.¹¹ Die Slowakei eckt dabei nur wenig in der europäischen Tagespolitik an, so im Bereich der Liberalisierung der Energiepolitik und bei der Festlegung der CO₂-Quoten im Klimaschutz. Im Bereich Steuerharmonisierung ist die neue Regierung allerdings durchaus aufgeschlossener als die Mehrheit der EU-Staaten. Diese wenigen auch in der slowakischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Punkte zeigen die besondere Zurückhaltung Bratislavas in EU-Fragen.¹²

Zukunft der Europäischen Union – Reformprozess

Die Slowakei gehört zu den selbstbewussten Befürwortern des europäischen Verfassungsvertrages. Entsprechend unterstützte die Regierung stets die Position der deutschen Ratspräsidentschaft zur Revitalisierung des Prozesses. Der Nationalrat hatte bereits 2005 mit einer überwältigenden Mehrheit den Vertrag ratifiziert, da auch die Erweiterungsfähigkeit der EU für die Slowakei fortdauernd im Vordergrund stand. Das Programm von Ministerpräsident Fico folgte generell einer Linie zur Rettung der Substanz des Vertrages bei gleichzeitiger Flexibilität in der Form.¹³ Der von Nicolas Sarkozy im französischen Präsidentschaftswahlkampf propagierten „Minivertrag“, kommt auch der Position Ficos nahe. Entsprechend dieser festen Eckpunkte integrationsfreundlicher slowakischer Politik waren die Beiträge etwa zur Berliner Erklärung ebenfalls unaufgeregt. Anders als Prag unterstützte Bratislava uneingeschränkt Inhalt und Verfahren dieser Erklärung.

Die öffentliche Meinung zur Europäischen Union ist am Ende des Berichtszeitraums auf einen überdurchschnittlichen Wert gestiegen. Über 64 Prozent der Slowaken befürworten die Mitgliedschaft in der EU. Noch ein Jahr zuvor lag die Zustimmung unterdurchschnittlich bei 55 Prozent.¹⁴ Im Vergleich zu seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarländern sind die Slowaken überaus EU-freundlich.

Ján Fige hatte als erster „slowakischer“ Kommissar mit dem Themengebiet „allgemeine und berufliche Bildung, Kultur“ nur wenig Profilierungsmöglichkeiten.¹⁵

EU-Erweiterung und Nachbarschafts- und Außenpolitik

Ein Grund für die integrationsfreundliche Politik der slowakischen Regierung ist der EU-Beitritt Kroatiens. Nach dem geglückten Beitritt Bulgariens und Rumäniens liegt hier eindeutig der Schwerpunkt. Entsprechend positiv sieht man die Einigung am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft auf einen Reform-Vertrag, der Grundbedingung für einen mögli-

10 Socialist Group seeks suspension of Slovak party. Stellungnahme der SPE-Fraktion: <http://www.socialist-group.org/gpes/searchdisplay.do?id=24379&lg=en&targetsite=main&type=1>.

11 Vgl. <http://www-8.vlada.gov.sk/index.php?ID=1672>.

12 Kai-Olaf Lang: Beitrittskater und posttransformative Depression: Ostmitteleuropas innenpolitische Wirrungen; SWP-Aktuell 19; März 2007.

13 Vgl. The Government of the Slovak Republic will support continuation of the ratification process of the Treaty on the Constitution for Europe. Manifesto 2006: 57.

14 Eurobarometer 67; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb_67_first_de.pdf; S. 16.

15 Süddeutsche Zeitung; 29.06.2007.

chen Beitritt Kroatiens ist. Als außenpolitischer Erfolg wurde die Benennung von Miroslav Laják zum neuen Sonderbeauftragten der EU in Bosnien und Herzegowina gewertet. Der Schwerpunkt Westbalkan konnte auch mit dieser Personalentscheidung untermauert werden. Durchaus vorsichtig verhält sich die Slowakei in Bezug auf die Souveränität des Kosovos.¹⁶

Als neues nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates genießt die Slowakei zusätzliche Aufmerksamkeit. Gegenüber Russland gab es, anders als erste Verlautbarungen es vermuten ließen, keine Kurskorrektur. Zwar sprach die neue Regierung in ihrem Manifest von einer Aktivierung der Beziehungen mit der Russischen Föderation, als einen „wichtigen Faktor für Stabilität und Sicherheit in Europa“¹⁷, aber in der Substanz hat sich die Außenpolitik in Bezug auf Russland, wohl auch im Blick auf Moldova und die Ukraine nicht wirklich geändert. Ficos „private“ Zustimmung zu Putins Kritik am Westen bezüglich der Sicherheitssysteme, die die USA in der Tschechischen Republik und in Polen aufbauen wollen, hat die NATO-Politik nicht berührt, zumal auch Außenminister und Staatspräsident dieser Einschätzung nicht folgten. Auch allgemein wird in der Slowakei eine betont russlandfreundliche Politik nicht honoriert. In der mehrheitlich konservativ-liberal ausgerichteten Bevölkerung besteht noch immer die seit der kommunistischen Zeit tief verwurzelte Vorstellung, dass „mehr Russland“ eine nicht erwünschte sozialistische Ausrichtung bedeuten würde.

Beitritt zur Euro-Zone und zu Schengen

Die Doppelstrategie Ficos, zum einen die wirtschaftspolitischen Reformen grundsätzlich fortzuführen, zum anderen diese in Teilbereichen sozial abzufedern, wurde zumindest verbal auch im Hinblick auf die Strategie zur Einführung des Euro sichtbar. Der Ministerpräsident bezeichnete die Maastricht-Kriterien wiederholt für die Transformationsländer als „ungerecht“.¹⁸ Ungeachtet dessen hielt Fico am Vorhaben der Einführung des Euro für den 1. Januar 2009 fest. Analysten halten dieses Datum für durchaus realistisch.¹⁹

Mit weitaus größeren Kontroversen erfolgten derweil die Bemühungen Bratislavas hinsichtlich des Beitritts zum Schengener Durchführungsübereinkommen zum freien Personen-grenzverkehr. Wiederholt hat die EU, vor allem Österreich eine mangelhafte Außensicherung der Flughäfen und nicht mehr, wie in den vergangenen Jahren, die Sicherung der Grenze zur Ukraine kritisiert. Fand die Tschechische Republik wegen dieser Mängel noch Ende 2006 scharfe Worte gegen die Nachbarrepublik,²⁰ übten sich die Visegrád-Staaten Slowakei, Ungarn, Tschechische Republik und Polen im Schulterchluss, um den Beitritt am 1. Januar 2008 nicht zu gefährden. Eine Entscheidung wird erst nach Juli 2007 erwartet.²¹

Weiterführende Literatur

Bútora Martin/Miroslav Kollár/Grigorij Meseûnikov (Hrsg.): Slovakia 2006. A Global Report on the State of Society, Bratislava 2007.

Haughton, Tim/Darina Malová: Emerging Patterns of EU Membership: Drawing Lessons from Slovakia's First Two Years as a Member State; in: Political Studies: 2007 Vol 27(2), S. 69-75.

Kollár, Miroslav/Grigorij Meseûnikov (Hrsg.): Global Report, Slovakia 2006, Bratislava 2007.

16 Vgl. <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-uneins-kosovo-plan/article-162927>.

17 Vgl. Manifesto 2006: 58.

18 KAS-Bratislava – Neuigkeiten aus der Slowakei, 10.04.2007, S. 3.

19 CreditSuisse:vSlovakia: not quite there yet, but things look better than previously feared, International Issues European Monetary Union – The Euro's First Steps into the East; Januar 2007.

20 Tschechien droht Slowakei mit Grenzkontrollen, Die Welt, 13.12.2006.

21 Kurs auf Schengen-Land: Die harte EU-Kritik nach Besichtigung der slowakischen Ostgrenze hat die Regierung in Bratislava beflügelt, Der Standard, 20.06.2007.